
1690/J XXIV. GP

Eingelangt am 16.04.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Strache, Kickl
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

betreffend Differenz zwischen Mindestlehrlingsentschädigung und Taschengeld in
sogenannten „Überbetrieblichen Ausbildungszentren“

Die Bundesregierung bekennt sich im Regierungsprogramm zwar zur branchen-
übergreifenden Mindestlehrlingsentschädigung auf Kollektivvertragsbasis, in den
sogenannten überbetrieblichen Lehrlingsausbildungseinrichtungen, die jetzt von der
Regierung zur Lösung der stark angestiegenen Jugendarbeitslosigkeit propagiert
werden, bekommen Lehrlinge aber überhaupt nur ein Taschengeld von derzeit
240 Euro.

In diesem Zusammenhang stellen unterfertigte Abgeordnete folgende

Anfrage:

- 1) Finden Sie diese Differenz gerechtfertigt?
- 2) Werden Sie sich für eine Anhebung des Taschengeldes einsetzen?
- 3) Sie setzen sich für eine Mindestlehrlingsentschädigung ein von der man auch
„leben“ kann. Wie soll ein Lehrling und seine Familie in einer überbetrieblichen
Lehrlingsausbildungseinrichtungen von dem viel niedrigeren Taschengeld leben
können?
- 4) Wie stehen Sie zu dem Vorschlag gleich einen Schwerpunkt auf eine ordentliche
Ausbildung durch die öffentliche Hand zu legen inklusive ordentlicher Bezahlung
für Lehrlinge statt Subventionierung von Unternehmen durch den neuen Blum-
Bonus?
- 5) Sind sie der Auffassung, dass die Aufnahme in ein sogenanntes überbetriebliches
Ausbildungszentrum eine finanziell zumutbare Ausbildungschance darstellt,
zumal es vermehrt lernleistungsschwache und sozial benachteiligte Jugendliche
sind, die Probleme haben, einen Schul- oder Lehrplatz zu bekommen?
- 6) Würden sie einen Mischsatz zwischen Taschengeld und Lehrlingsentschädigung
als denkbare Variante erachten, sodass in einem überbetrieblichen
Ausbildungszentrum zumindest 60% der Lehrlingsentschädigung des jeweiligen
Berufes bezahlt wird?